

Protokoll:	Sozial- und Gesundheits- ausschuss des Gemein- rats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	12
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	20/2024
		GZ:	53
Sitzungstermin:	19.02.2024		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Dr. Sußmann		
Berichterstattung:	Frau Vogel (SozA), Frau Reichhardt (SI-Strat), Herr Prof. Dr. Ehehalt (GesundhA)		
Protokollführung:	Herr Krasovskij / as		
Betreff:	Zusammenfassung der Ergebnisse der Haushaltsplan- beratungen 2024/2025 für den Bereich des Gesund- heitsamts		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 05.02.2024, GRDRs 20/2024. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 2 "Zusammenfassung der Ergebnisse der Haushaltsplanberatungen 2024/2025 für den Bereich des Sozialamts" (GRDRs 1545/2023, siehe heutige Nnr. 13) aufgerufen.

Zu Beginn führt BMin Dr. Sußmann kurz ein. Die Vorsitzende dankt den Ratsmitgliedern für das Vertrauen und die Unterstützung zahlreicher Anliegen der Sozialverwaltung im Rahmen der vergangenen Haushaltsplanberatungen, man könne mit den Ergebnissen der Haushaltsplanberatungen aus Sicht des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration (SI) insgesamt zufrieden sein. Ebenfalls dankt sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der beteiligten Ämter für die gute Arbeit. Dem Dank an die Kolleginnen und Kollegen schließen sich im Verlauf der Aussprache fraktionsübergreifend auch die Ratsmitglieder an.

Frau Vogel (SozA), Herr Prof. Dr. Ehehalt (GesundhA) sowie Frau Reichhardt (SI-Strat) bedanken sich beim Gemeinderat ihrerseits für die gute Zusammenarbeit und Unterstützung im Verlauf der vergangenen Haushaltsplanberatungen und zeigen sich sehr zufrieden mit den Ergebnissen der Beratungen.

BMin Dr. Sußmann erklärt im Folgenden, dass die Zusammenfassung der Ergebnisse im Nachgang an die Haushaltsplanberatungen mittlerweile eine gute Tradition und Basis für einen kritischen Rückblick seien. Allerdings werde diese Praxis nun durch das Referat Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen (WFB) aufgrund des Arbeitsaufwandes bei der Erstellung und Mitzeichnung der Vorlagen in Frage gestellt. Außerdem sei die Vorgehensweise aus Sicht der Finanzverwaltung durch das neue Haushaltsverfahren mit haushaltsrelevanten Vorlagen nicht mehr notwendig.

Im Folgenden wird ein Meinungsbild des Gremiums zu dieser Frage eingeholt und die Ratsmitglieder bringen mehrheitlich zum Ausdruck, dass sie die Zusammenfassung der Ergebnisse im Nachgang an die Haushaltsplanberatungen für wichtig und sinnvoll halten und diese Vorgehensweise beibehalten werden sollte. BMin Dr. Sußmann sagt zu, dieses Votum verwaltungsintern zu kommunizieren.

Die Vorsitzende macht anschließend noch darauf aufmerksam, dass die Finanzverwaltung zeitnah eine verwaltungsinterne Klausur plane, um eine Rückschau auf die vergangenen Haushaltsplanberatungen zu halten. Anschließend solle auch der Gemeinderat zwecks eines Feedbacks eingebunden werden. Im Rahmen dieser Gespräche könnte es möglicherweise auch darum gehen, wie das bisherige sehr arbeitsintensive und zeitaufwendige Verfahren rund um die Etatberatungen für die Zukunft für alle Seiten ein Stück weit vereinfacht werden könnte.

In ihrer Wortmeldung zeigt sich StRin Rühle (90/GRÜNE) zufrieden mit den Ergebnissen der Haushaltsplanberatungen sowohl für das Gesundheitsamt als auch für das Sozialamt. Die Stadträtin betont, dass Stuttgart ihrer Ansicht nach ein gutes soziales Netz mit vielen unterschiedlichen Hilfs- und Beratungsangeboten habe. Dennoch gebe es in einigen Bereichen, wie z. B. bei der Bekämpfung von Armut und Einsamkeit sowie der Förderung einer altersgerechten Stadt, Handlungsbedarfe. Zu diesen Themen erbittet die Stadträtin in nächster Zeit eine Berichterstattung durch die Abteilung Strategische Sozialplanung im Sozial- und Gesundheitsausschuss (SGA).

Durch Frau Reichhardt wird bestätigt, dass zu den Themen Armut, Einsamkeit und altersgerechte Stadt bereits Vorlagen und Berichte über die angestoßenen Maßnahmen und Projekte in Planung seien. Im Rahmen der Stuttgarter Armutskonferenz 2023 seien 40 haushaltsrelevante Vorlagen erstellt worden, von denen 30 in den Haushaltsplanberatungen vom Gemeinderat beschlossen worden sind. Hierfür bedankt sie sich. Zudem prüfe die Strategische Sozialplanung gerade verwaltungsintern, ob Projekte, die in den Haushaltsplanberatungen abgelehnt worden seien, aus Sicht der Verwaltung aber als wichtig erachtet werden, ggf. doch noch auf irgendeine Weise, u. a. von Stiftungen, unterstützt werden könnten, bzw. dass über die ersten Erfahrungen aus diesen Projekten berichtet werde, damit möglicherweise Mittel mit Blick auf den nächsten Doppelhaushalt akquiriert werden könnten.

Im Weiteren bittet StRin Rühle um einen Bericht zum allgemeinen geplanten Ausbau der Angebote von Begegnungsorten, Stadtteilhäusern, Willkommensräumen und anderen Einrichtungen in der Stadt und konkret zum Stand der einzelnen Vorhaben, für die teilweise große Investitionsmittel beschlossen worden seien. Explizit geht sie dabei auf die Projekte im Hans-Rehn-Stift und im Immanuel-Grötzinger-Haus ein.

Ferner begrüßt die Stadträtin die Entscheidung zur vorzeitigen Einrichtung des Drogenkonsumraums in Stuttgart als Interim und erbittet hierzu ebenfalls eine Berichterstattung im Ausschuss. Die entsprechenden Berichte werden durch Frau Vogel zugesagt.

Bezugnehmend auf die Vorlagen spricht sich StRin Rühle dafür aus, dass Übersichtsvorlagen zu bestehenden und angedachten Angeboten und Vorhaben der Sozialverwaltung nicht nur im Nachgang, sondern auch schon möglichst früh vor den Haushaltsplanberatungen dem Gemeinderat vorgelegt werden sollten, um so einen guten Überblick über die vorhandenen Angebote und die Bedarfe zu gewähren und Doppelförderungen zu vermeiden.

Nach einer Nachfrage von StRin Rühle hinsichtlich der Besetzung der für die Ämter neu beschlossenen Stellen erklärt Frau Vogel, dass im Sozialamt alle notwendigen Stellenausschreibungen bereits angestoßen worden seien oder dies in Kürze erfolgen werde. Für das Sozialamt gelte dabei die zentrale Vorgabe, dass bis zu 30 % der beschlossenen Stellen und auch unterjährigen Ermächtigungen bereits im Vorfeld der Genehmigung des Haushaltes besetzt werden können. Aufgrund dessen konnten auch bereits die Stellen infolge der im Jahr 2023 getroffenen Ermächtigungen besetzt werden, womit das Limit überwiegend ausgeschöpft wäre. Dennoch halte man an der Vorgehensweise - alle möglichen Stellenbesetzungsverfahren anzustoßen - fest, da man zuversichtlich sei, dass der Haushalt bis zum Abschluss der mitunter langen Besetzungsverfahren genehmigt sei.

Zuversichtlich sei man ferner, so die Amtsleiterin weiter, dass die für die Einstellung der neuen Kolleginnen und Kollegen erforderlichen räumlichen Kapazitäten gefunden würden bzw. im Laufe dieses Jahres zur Verfügung gestellt werden könnten. Diesbezüglich gebe es regelmäßige Gespräche sowohl mit der Liegenschaftsverwaltung als auch dem örtlichen Personalrat. In diesem Kontext verweist Frau Vogel auch auf die Planungen für das Bollwerk-Areal (Green Roof Offices) und das geplante Front Office Hub.

Bei akuten räumlichen Engpässen kämen bereits jetzt vorübergehend Desk-Sharing-Modelle zum Einsatz, da vorgehaltene Arbeitsplätze häufig wegen mobilen Arbeitens oder Telearbeit nicht dauerhaft genutzt würden. Diese Frage einer effizienteren Nutzung der im Sozialamt vorhandenen räumlichen Kapazitäten sehe man als ein großes Thema für die Zukunft, so Frau Vogel.

Für das Gesundheitsamt bestätigt Herr Prof. Dr. Eehalt ebenfalls, dass fast alle Stellenbesetzungen bereits auf den Weg gebracht werden konnten und die notwendigen räumlichen Kapazitäten sowie die Sachmittelbudgets vorhanden seien. Durch die Entfristung der Projektstellen bei der Hebammenkoordinierungsstelle und bei den Schulgesundheitsfachkräften konnten die bestehenden Verträge verlängert werden.

Der Gesundheitsamtsleiter zeigt sich sehr zufrieden mit Blick auf die Ergebnisse der Haushaltsplanberatungen und erklärt, dass in vier wesentlichen Bereichen wichtige Beschlüsse für die Erhaltung und Förderung der Gesundheit der Stuttgarterinnen und Stuttgarter gefasst werden konnten. So habe man beispielsweise die Interdisziplinäre Frühförderstelle deutlich stärken können, was aufgrund der Tatsache, dass in Stuttgart gerade viele Eltern von Kleinkindern bei unklaren Entwicklungsauffälligkeiten Schwierigkeiten hätten, eine geeignete Diagnostik und den richtigen Therapieplatz zu finden, ein wichtiges Signal sei, so Herr Prof. Dr. Eehalt. Sehr positiv seien auch die Fortfüh-

zung der Arbeit der Hebammenkoordinierungsstelle und die Erweiterung des Angebots der Schulgesundheitsfachkräfte.

Vor dem Hintergrund des aktuellen Mangels an Kinderärzten in Stuttgart sei das neu beschlossene Förderinstrument laut dem Gesundheitsamtsleiter durch die niedergelassenen Kinder- und Jugendärzte sehr begrüßt worden.

Ferner zeigt sich Herr Prof. Dr. Eehalt erfreut über die beschlossene Stelle im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Stuttgarter Hitzeaktionsplans und der stadtweiten Klimaanpassungsstrategie.

Frau Reichhardt erklärt zum Thema Stellenbesetzungen, dass die für ihre Abteilung beschlossenen zwei halben Stellen nach der Genehmigung des Haushaltes sofort ausgeschrieben würden.

In ihrer Wortmeldung bezeichnet StRin Bulle-Schmid (CDU) die Ergebnisse der Haushaltsplanberatungen für den Bereich des Gesundheitsamtes aus Sicht ihrer Fraktion als gut, für den Bereich des Sozialamtes aber überhaupt nicht als zufriedenstellend. Die Stadträtin bedauert beispielsweise, dass keine Mehrheit für einen Beschluss für den Infopoint für Sozialleistungen gefunden werden konnte, obwohl sich die Sozialverwaltung klar für dieses Vorhaben ausgesprochen habe. Zudem habe sie kein Verständnis dafür, dass bereits in der Grünen Liste für soziale Maßnahmen und Projekte eingestellte Mittel auf Wunsch der Gemeinderatsmehrheit wieder gestrichen worden seien oder dass keine Mehrheit für die Erhöhung des Guthabens der Familiencard und für die Einrichtung einer Clearingstelle für Menschen ohne Krankenversicherung zustande gekommen sei.

Die Einschätzung von StRin Bulle-Schmid wird im Folgenden auch durch StRin Müller-Enßlin (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) geteilt.

Bezugnehmend auf die erwähnte Clearingstelle erklärt Herr Prof. Dr. Eehalt, dass die Verwaltung dieses Angebot weiterhin als wichtig und notwendig erachte und diesbezüglich mit Blick auf den nächsten Doppelhaushalt mit einem abgeänderten Antrag erneut auf den Gemeinderat zukommen werde.

Als positiv bezeichnet der Gesundheitsamtsleiter, dass das Land Baden-Württemberg aktuell neun Modellprojekte zur Unterstützung von Menschen ohne Krankenversicherung fördere, u. a. mit 55.200 EUR die Clearingstelle des Malteser Hilfsdiensts in Stuttgart, mit der das Gesundheitsamt in engem Austausch stehe. Zudem könnten sich die Betroffenen an bereits vorhandene Angebote wie die Malteser Medizin für Menschen ohne Krankenversicherung und das Stuttgarter MedMobil wenden.

StRin Meergans (SPD) bittet in diesem Kontext zeitnah um einen Bericht im SGA zu den ersten Erfahrungen aus der Clearingstelle des Malteser Hilfsdiensts. Ferner wünscht sie auch eine Berichterstattung über das zahnmedizinische Angebot der Malteser für Kinder, welches im Rahmen der Förderinitiative "Mittendrin - Chancen für morgen gestalten" durch die Bürgerstiftung Stuttgart und ihre Kooperationspartner gefördert werde.

Im weiteren Verlauf der Aussprache begrüßt StRin Meergans den aus Sicht ihrer Fraktion insgesamt guten Haushalt für den sozialen Bereich. Es hätten wichtige Beschlüsse getroffen werden können, beispielsweise für die Suchthilfe mit der Einrichtung des Interims für den Drogenkonsumraum oder mit Blick auf die Rahmenkonzeption für die soziale Quartiersentwicklung zur Stärkung der Quartiere und des gesellschaftlichen Zusammenhaltes. Aus Sicht der Stadträtin wichtige Projekte konnten für den Bereich der Integration von Geflüchteten auf den Weg gebracht oder verstetigt werden.

StRin Meergans betont, dass der Fokus ihrer Fraktion im Rahmen der Haushaltsplanberatungen auf der Sicherung guter und etablierter bestehender Angebote gelegen habe, bei denen sich in vielen Fällen zusätzliche Finanzbedarfe ergeben hätten. Gegenüber StRin Bulle-Schmid erklärt sie, dass manche Vorschläge der Sozialverwaltung bei der fraktionsinternen Priorisierung nicht berücksichtigt werden konnten, auch wenn dies schwergefallen sei. Manche Projekte, die in den Etatberatungen abgelehnt worden seien, würden jedoch im Rahmen der Förderinitiative "Mittendrin - Chancen für morgen gestalten" gefördert.

Nach einer Nachfrage durch StRin Bulle-Schmid versichern BMin Dr. Sußmann und Frau Vogel, dass Projekte, die im Rahmen der Förderinitiative "Mittendrin" gefördert werden, nicht zusätzlich noch eine städtische Förderung erhalten - es also keine Doppelförderungen gibt. BMin Dr. Sußmann regt an, die Bürgerstiftung Stuttgart und deren Kooperationspartner möglicherweise in eine Sitzung des SGA einzuladen, um den Förderprozess zu reflektieren, transparent darzustellen und einen gemeinsamen Überblick über die Förderlandschaft und die geförderten Projekte zu erhalten. Frau Reichhardt berichtet über einen frühzeitigen Abstimmungsprozess mit der Initiative "Mittendrin" zu Förderkriterien insbesondere im Hinblick auf Projekte der Armutskonferenz 2023.

Bezugnehmend auf das neue Haushaltsverfahren bittet StRin Meergans die Verwaltung darum, zur Vorbereitung des nächsten Doppelhaushaltes im Vorfeld eine stärkere fachliche Priorisierung der vielen Anträge der Träger vorzunehmen, um dem Gemeinderat die Entscheidungen zu erleichtern. Ähnlich äußert sich auch StRin Höh (FDP). BMin Dr. Sußmann sichert zu, dass man das Anliegen einer stärkeren fachlichen Priorisierung und einer besseren Übersicht über die bestehende Angebotslandschaft, wie durch StRin Rühle angeregt, im Vorfeld der nächsten Haushaltsplanberatungen berücksichtigen werde und den Gemeinderat insgesamt früher einbinden wolle. Ähnlich äußern sich auch Frau Vogel und Herr Prof. Dr. Ehehalt.

Im Folgenden zeigt sich StRin Hübsch (PULS) zufrieden mit den Ergebnissen der vergangenen Haushaltsplanberatungen für das Gesundheitsamt und das Sozialamt. Aus Sicht der Stadträtin konnten in vielen wichtigen Fragen die richtigen Schwerpunkte und viele Akzente im sozialen Bereich gesetzt werden.

StRin von Stein (FW) bedauert ihrerseits ähnlich wie StRin Bulle-Schmid, dass man es bei manchen Projekten nicht geschafft habe, mehrheitsfähige Kompromisse zu finden. Ferner begrüßt sie zwar die durch StRin Meergans eingeforderte stärkere Priorisierung der Anträge von Trägern im Vorfeld der Beratungen durch die Verwaltung, gibt aber zu bedenken, dass sich Ratsmehrheiten für bestimmte Projekte unabhängig von Verwaltungsvorschlägen immer durchsetzen.

StR Dr. Mayer (AfD) erklärt, ohne weiter ins Detail gehen zu wollen, dass seine Fraktion mit einigen Beschlüssen aus den Haushaltsplanberatungen nicht einverstanden gewesen sei.

Nach entsprechenden Nachfragen durch StR Dr. Rastetter (90/GRÜNE) sagt Herr Prof. Dr. Eehalt zu, dass im SGA sobald wie möglich über die ersten Ergebnisse und Rückschlüsse aus dem Abwassermonitoring berichtet werde.

Zudem teilt der Gesundheitsamtsleiter den dringenden Appell des Stadtrats, wonach die Durchimpfungsrate der HPV-Impfung bei Kindern und Jugendlichen in Stuttgart unbedingt gesteigert werden müsse. Bei dieser wichtigen Impfung seien die Zahlen bundesweit nicht zufriedenstellend, so Herr Prof. Dr. Eehalt. An Schulen, wo bereits Schulgesundheitsfachkräfte im Einsatz seien, würden diese für die Wichtigkeit der Impfung sensibilisieren. An Schulen, die noch keine Schulgesundheitsfachkräfte hätten, werde über das Staatliche Schulamt informiert. Zudem würden die niedergelassenen Hausärzte sowie Kinder- und Jugendmediziner für das Thema sensibilisiert und es sei ferner eine explizite Infokampagne des Gesundheitsamtes in Planung.

StR Dr. Rastetter macht seinerseits noch auf die erhebliche Zunahme des Raucherkonsums von Kindern und Jugendlichen aufmerksam. Diese unerfreuliche Entwicklung müsse im Blick behalten werden und es müsse versucht werden, dem gegenzusteuern.

Abschließend werden weitere wenige Verständnisfragen der Ratsmitglieder zu den Vorlagen durch die Verwaltung beantwortet.

Danach stellt BMin Dr. Sußmann fest:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss hat von der GRDRs 20/2024 und der GRDRs 1545/2023 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Krasovskij / as

Verteiler:

- I. Referat SI
zur Weiterbehandlung
Gesundheitsamt
Sozialamt
SI-Strat

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. *Referat AKR*
Haupt- und Personalamt
Amt für Digitalisierung, Organisation u. IT
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 4. Referat T
Tiefbauamt/SES
 5. Amt für Revision
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. FDP-Fraktion
 7. Fraktion FW
 8. AfD-Fraktion
 9. StRin Yüksel (Einzelstadträtin)

kursiv = kein Papierversand